

Die zweite Landesvorstandssitzung im Jahr 2021 hat Mittwoch, den 17. Februar von 18.30 bis 22:30 Uhr als Videokonferenz stattgefunden.

Inhaltliche Schwerpunkte waren zum einen die Information und Positionsbildung zu der **Volksinitiative gegen Rüstungsexporte**, die am 20. März in Hamburg starten wird. Gegenstand der VI es durchzusetzen, dass die Hamburger Politik den Export von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen unterbindet. Der Landesvorstand hatte Vertreter*innen der VI eingeladen, um sich aus erster Hand zu informieren. Es wurde [beschlossen](#) die Volksinitiative politisch und bei Bedarf finanziell zu unterstützen, u.a. durch: Vorstellung der VI sowie der zugehörigen Termine auf der Website (Veranstaltungen, Sammeltermine, Plenumstreffen), die Empfehlung an die Bezirke und Fraktionen, die Volksinitiative bei den BMVs und Fraktionen vorzustellen, der Hilfe beim Sammeln der Unterschriften und die Empfehlung an Bezirke und Fraktionen, die Büros als Sammelstelle für Unterschriften und Materialien sowie für Treffen, unter Einhaltung der geltenden Corona-Regeln, zur Verfügung zu stellen.

Das zweite inhaltliche Schwerpunktthema der Sitzung waren **strategische Ansätze zur Bekämpfung der Corona Pandemie**. In einer ausführlichen Diskussion gab es zwar große Gemeinsamkeiten hinsichtlich der von der LINKEN vertretenen Positionen, dass die sozialen Ausgleichsmaßnahmen gestärkt werden müssen (z.B. Corona-Zuschlag auf die Regelsätze, Mindestkurzarbeitergeld, Mietenschnitt, Überbrückungsgeld für Selbstständige, Freischaffende und Mini-Jobber: innen und andere Maßnahmen), dass die Patente auf die Impfstoffe aufgehoben werden müssen um die weltweite Produktion von Impfstoffen schnell zu stärken oder dass Menschen in Sammelunterkünften, Menschen ohne Wohnung und ohne Obdach, Menschen in beengten Wohnverhältnissen, sowie Menschen in prekären sozialen Verhältnissen mehr Unterstützung erhalten müssen.

Der objektive Widerspruch zwischen Grundrechtseinschränkungen und Gesundheitsschutz der Bevölkerung unter den aktuellen Pandemiebedingungen spielte eine große Rolle in der Diskussion. Eine einheitliche Position zur „Zero-COVID-Strategie“ gab es nicht; es gab aber großes Einvernehmen darüber, dass die Diskussion fortgeführt werden muss.

Ein Antrag die [LVV, die für den 26./27.03.2021](#) einberufen ist, aufzuheben, wurde abgelehnt. Um die Kontakte im Rahmen der Wahlversammlungen der Delegierten in den Bezirken möglichst zu reduzieren, wurde ein entsprechender [Beschluss im Lavo](#) gefällt. Auf der nächsten Sitzung soll das Thema auf Wunsch eines Bezirksverbandes nochmals aufgerufen werden.

Ebenso soll es um die mögliche Einberufung eines außerordentlichen Online-Parteitages zum Thema Bundestagswahlprogramm vor der LVV gehen – dieser soll ggf. am 19. oder 21. März stattfinden.

Die nächste Sitzung wird wiederum am 3. März als Online Sitzung stattfinden; eingereichte Anträge zur Digitalisierungsstrategie und der Cuba Solidarität sollen dort ebenso behandelt werden.

Für die Richtigkeit,
M. Wittmaack